

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 27 (1948)
Heft: 5

Artikel: Die aargauische Ständeratswahl 1948
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335979>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die aargauische Ständeratswahl 1948

Ein Beispiel freisinnigen Machtstrebens und demagogischer Wahlpropaganda

Wenn man die aargauische Ständeratsersatzwahl, die nach dem Tode des zu früh verstorbenen Genossen Karl Killer (7. Januar 1948) in zwei Wahlgängen (22. Februar und 14. März) erfolgte, richtig beurteilen will, dann muß man von den gegebenen Verhältnissen ausgehen. Es ist eine Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau seit vielen Jahren die stärkste Partei ist und bei den letzten Nationalratswahlen 35,6 Prozent der Wählerschaft auf ihre Kandidaten vereinigte.

Bei den ersten Proporzahlen im Jahre 1919 erhielten die Sozialdemokraten 14 025 Wähler; im Jahre 1943 waren es 24 363 und im Jahre 1947: 25 465. Die stärkste bürgerliche Partei sind die Katholischkonservativen mit rund 22 Prozent der Wähler. Sie haben seit mehr als anderthalb Jahrzehnten einen Vertreter im Ständerat. Im Herbst 1943 gelang es der Sozialdemokratie, nach einem schweren Wahlkampf, einen Ständeratssitz zu gewinnen. Bei den Gesamterneuerungswahlen vom Herbst 1947 wagten es die Freisinnigen nicht, einen Gegenkandidaten gegenüber unserem Genossen Killer aufzustellen. Die Bauernpartei unterstützte offiziell die Kandidatur Killer. Genosse Killer wurde im ersten Wahlgang mit 28 669 Stimmen wieder gewählt.

Die Freisinnige Partei des Kantons Aargau war vor 1919 im Kanton allmächtig. Sie hatte 9 von 12 Nationalratsmandaten inne und verfügte über die beiden Ständeratssitze. Zahlengemäß war dieses Vertretungsverhältnis damals schon lange nicht mehr gerechtfertigt; denn die Freisinnigen hatten im Volke draußen nicht im entferntesten Wählerzahlen, die diesen Mandatbesitz begründet hätten. Mit dem Proporz sank die Zahl ihrer Nationalratssitze im Jahre 1919 auf drei und im Jahre 1922 auf zwei. Im Herbst 1947 gelang es ihnen, durch die Listenverbindung mit der Evangelischen Volkspartei rund 3500 Wähler für die Auszählung hinzu zu gewinnen und damit das dritte Nationalratsmandat zurückzuerobern.

In der Schweiz ist die Sozialdemokratische Partei als stärkste Landespartei im Ständerat viel zu schwach vertreten. Von 44 Sitzen hatte sie zu Beginn dieses Jahres deren fünf inne, während 18 Katholischkonservative im Ständerat sitzen.

Wer diese Ausgangslage für die Ständeratsersatzwahl im Aargau objektiv betrachtet, dem wird klar, daß die Sozialdemokratische Partei das Recht auf den einen Ständeratssitz hat und daß, schweizerisch gesehen, es ein doppeltes Unrecht bedeutete, ihr diesen Sitz streitig zu machen.

Aber für die bürgerlichen Parteien zählten diese Überlegungen nicht. Ihre führenden Politiker waren von dem Willen beseelt, den Sozialdemokraten das Ständeratsmandat abzunehmen; uneinig waren sie nur darüber, wer es bekommen sollte. Die Bauernpartei stellte bereits am 29. Januar 1948 einen Kandidaten, Dr. K. Renold, auf. Der freisinnige Parteitag vom 1. Februar lehnte diese Kandidatur ab und reklamierte den Sitz für die Freisinnige Partei. Kandidat wurde Nationalrat Ernst Speiser.

Er wurde von der Katholischkonservativen Partei unterstützt. Daraufhin zogen die Bauern ihre Kandidatur zurück.

Am 22. Februar fand der erste Wahlgang statt. Bei einem absoluten Mehr von 31 591 erhielt der freisinnige Kandidat Speiser 31 466 und der Sozialdemokrat Dr. R. Siegrist 30 859 Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten ihre Stimmzahl seit Ende 1947 um 1900 Wähler gesteigert. In den fünf protestantischen Bezirken (Aarau, Brugg, Kulm, Lenzburg, Zofingen) erhielt Genosse Dr. Siegrist 20 488 und Speiser 12 901 Stimmen. Umgekehrt war das Verhältnis in den mehr oder weniger stark katholischen Bezirken (Baden, Bremgarten, Laufenburg, Muri, Rheinfelden und Zurzach), dort entfielen auf Dr. Siegrist 10 371 und auf Speiser 18 565 Stimmen. Aus diesen Zahlen geht mit aller Klarheit hervor, daß der Sozialdemokrat Siegrist im ersten Wahlgang gewählt worden wäre, wenn nicht die Katholischkonservative Partei diese Wahl verhindert hätte. Das war aber nur möglich, indem von freisinniger Seite in den Wahlkampf hinein ein Moment geworfen wurde, das zeigt, wie demagogisch die Wahlpropaganda war.

Zu den großen Errungenschaften des fortschrittlichen Freisinns gehört die Verankerung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Bundesverfassung. Im Jubiläumsjahr des neuen Bundesstaates hätte man erwarten dürfen, daß die Freisinnigen dieses Ideal ihrer Vorfahren hochhalten würden. Aber weit gefehlt! Sie, die sich einst ihres «Kulturkampfes» rühmten, begaben sich in den Schutz der Katholischkonservativen, und in einem freisinnigen Blatt wurde die Konfessionslosigkeit des Genossen Dr. Siegrist zum Ausgang einer großen Hetze gemacht. Auch in dem Flugblatt, das den bezeichnenden Titel «Die Katze läßt das Mäusen nicht» trägt, wurde erklärt: «Dafür ist er (Siegrist) aus der Landeskirche ausgetreten und konfessionlos geworden.» Mit dieser Religionshetze gelang es im ersten Wahlgang, die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern. Das Resultat des ersten Wahlganges ist zweifellos für die Freisinnigen kein rühmliches.

Der zweite Wahlgang war auf den 14. März angesetzt. Er hätte mit einem Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten geendet, wenn nicht den freisinnigen Wahlmachern ein Ereignis von internationaler Bedeutung Gelegenheit gegeben hätte, ihre üble Demagogie sich auswirken zu lassen. In der Tschechoslowakei erfolgte der kommunistische Staatsstreich, der die Menschen in der ganzen Welt und so natürlich auch im Aargau beunruhigte. Die Bauernpartei und die Evangelische Partei gaben offiziell die Unterstützung der Kandidatur Speiser bekannt. In der freisinnigen und katholischkonservativen Presse und in Flugblättern benutzte man den tschechischen Staatsstreich zu einer wüsten Hetze gegen die Sozialdemokratie und zu einer Verdächtigungskampagne hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit zu unserem Staat.

So erschien ein Flugblatt, das in alle Haushaltungen verteilt wurde. An seinem Kopf war das Bild der Vereidigung der neuen tschechischen Regierung zu sehen, und darunter stand: «Der Sozialist Benesch vereidigt den kommunistischen Diktator Gottwald und legalisiert damit den Staatsstreich in der Tschechei.» Weiter stand in dem Flugblatt: «Hütet euch am 14. März! Der Ansturm der Diktatoren ist noch nicht zu Ende. Das erschreckende Beispiel einer neuen Machtergreifung nach berühmten Mustern in der Tschechoslowakei hat nun doch vielen Schweizern die Augen geöffnet über die Gefahren, die von Osten her drohen. Bürger, Bauer, Arbeiter! Wir fragen euch: Kann die ideologische Verwandtschaft von Sozialismus und Kommu-

nismus geleugnet werden? Ist die Tschechoslowakei nicht ein sprechendes Beispiel dafür, daß der Sozialismus beginnt, was der Kommunismus vollendet? Die Sozialistische Partei der Tschechoslowakei hat vor dem roten Diktator kapituliert und ist in die Regierung Gottwald eingetreten... Die erste Regierungsmaßnahme war die sozusagen totale Verstaatlichung industrieller und gewerblicher Betriebe und die Verstaatlichung von Grund und Boden. Dazu kamen die totale Knebelung der öffentlichen Meinung, die Gleichschaltung von Presse und Radio, viele Verhaftungen und Entlassungen. Die ganze westliche Kultur ist heute bedroht. Jeder, der ähnlichen Dingen vorbeugen will, muß für eine eindeutige bürgerliche Politik eintreten. Demokratie und Freiheit können nicht erst auf den Barrikaden gegen den anstürmenden Marxismus verteidigt werden.» – In einem andern, vom bürgerlichen Aktionskomitee herausgegebenen Flugblatt wird im Bild eine Szene gezeigt, wo der Knecht des Landvogts Arnold von Melchthal die Ochsen wegnehmen will, und es heißt dort: «Bauer! Die Wetterzeichen stehen auf Sturm. Blick nach dem Osten! In der Tschechei wird bereits auch der ganze Viehhandel verstaatlicht... Allen Eidgenossen hat das schandbare Glückwunschtelegramm des Genfer Kommunisten Nicole an Gottwald die Schamröte ins Gesicht getrieben. Diesen gleichen Nicole hat Dr. Siegrist nach dem blutigen Genfer Zusammenstoß auf offenem Platz in Aarau verteidigt und in Schutz genommen... Bauer, schütze deinen Hof und dein Heim! Schütze deine Scholle! Schütze die Freiheit! Deine Stimme Ernst Speiser!» – Im Aufruf der Katholischkonservativen Partei stand unter anderm zu lesen: «Die Ereignisse im Osten haben dem ganzen Schweizervolk die Augen geöffnet. In Ungarn ist die Sozialdemokratische Partei zur Kommunistischen Volksfront übergetreten. In der Tschechoslowakei hat der rote Staatspräsident Benesch der kommunistischen Regierung und Diktatur Gottwald seinen Segen gegeben.»

So wurde die ganze Wahlpropaganda der bürgerlichen Allianz gegen die Sozialdemokratie geführt. Man hoffte, mit dieser Hetze und Demagogie eine große Wahlniederlage der Sozialdemokraten herbeizuführen und sie auf eine Stimmenzahl zurückzuwerfen, daß man nachher bei jeder Gelegenheit darauf hätte verweisen können.

Aber das aargauische Volk hat anders reagiert. Die Zahl der Stimmen, die der Sozialdemokrat Dr. Siegrist erhielt, stieg auf 32 299. Wohl wurde der bürgerliche Einheitskandidat Speiser mit 36 715 Stimmen zum Ständerat gewählt. Aber von einem Wahlsieg kann keine Rede sein, wenn man an die Wählerzahlen denkt. Sie beweisen mit aller Deutlichkeit das Anrecht der Sozialdemokratie auf einen Ständeratssitz, und sie tun das Unrecht, das mit diesen Wahlmethoden gegenüber der Sozialdemokratie verübt wurde, jedem objektiv Urteilenden dar. Ohne die demagogische Hetze unter Berufung auf den tschechoslowakischen Staatsstreich wäre der Sozialdemokratie das Ständeratsmandat erhalten geblieben.

Daß in schwerer Zeit führende Leute der bürgerlichen Parteien, um ein Mandat zu erlangen, zu derartigen Mitteln greifen, stellt ihrer Politik kein gutes Zeugnis aus. Diese Herren werden in der kommenden Zeit erkennen müssen, daß so erungene Parlamentssitze nicht beständig sind.

Die aargauische Sozialdemokratie aber ist aus diesem Wahlkampf gestärkt hervorgegangen. Sie wird alles daransetzen, um in der Zukunft zu ihrem Recht zu gelangen.